

presse

Noch Kontinuität statt Krise im Bürgerschaftlichen Engagement – aber erste Warnsignale müssen ernst genommen werden

2009 hat das Umfrageinstitut Infratest über 20.000 Telefoninterviews geführt, um die aktuelle Lage des bürgerschaftlichen Engagement zu erforschen. Seit Anfang des Jahres liegen die Zahlen vor. Dazu erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion Ute Kumpf:

Im Bürgerschaftlichen Engagement herrscht Kontinuität statt Krise. Damit dies so bleibt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen und ausgebaut werden, erklärt Ute Kumpf.

Im Bürgerschaftlichen Engagement herrscht Kontinuität statt Krise. Damit dies so bleibt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen und ausgebaut werden. Denn nicht alle neuen Erkenntnisse stimmen sorgenfrei. Die Forschungsergebnisse belegen, dass die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, sich freiwillig und unentgeltlich zu engagieren, stabil geblieben ist. 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger, das sind 36 Prozent der Gesellschaft, engagieren sich in Vereinen und Verbänden, in informellen Gruppen, lokalen Projekten und Initiativen oder öffentlichen Einrichtungen.

Die Befragung von über 20.000 repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, der Freiwilligensurvey, wurde nach 1999 und 2004 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2009 zum dritten Mal in Auftrag gegeben. Unter Rot-Grün wurde der Freiwilligensurvey ins Leben gerufen, um die schlechte Informationslage zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland zu beseitigen. Mit dem dritten Freiwilligensurvey zeichnen sich Tendenzen ab, die als deutliche Warnsignale gelesen werden müssen.

Der zunehmende Leistungsdruck in der Gesellschaft, in Schule, Ausbildung und Studium, hinterlässt deutliche Spuren im Engagement junger Menschen. Deren Engagement ist seit 1999 kontinuierlich rückläufig. Waren es 1999 noch 37 Prozent und 2004 noch 36 Prozent dieser Altersgruppe, die sich engagierten, lag 2009 der Anteil bei 35 Prozent. Wegen Verkürzung der Schulzeit im Gymnasium mit dem G8 auf insgesamt 12 Schuljahre und den Studiengangreformen an den Hochschulen haben viele Jugendliche und junge Erwachsene keine Zeit mehr für ein Engagement. Brüche ergeben sich zusätzlich dort, wo Ausbildung, Studium und Berufseinstieg Umzüge notwendig machen. Gleichzeitig erwarten junge Engagierte von ihrem Engagement vermehrt, sich Fähigkeiten und Kompetenzen aneignen zu können, die sich beruflich verwerten lassen.

Gleichstellung ist im Engagement nach wie vor noch nicht erreicht. In allen Altersgruppen sind Frauen seltener engagiert als Männer. Geringere Ausprägungen des Engagements von Frauen in der Phase der Familiengründung lassen sich nicht beseitigen. Ein Alarmsignal hingegen ist, dass auch junge Frauen unter 20 Jahren schon seltener engagiert sind als junge Männer.

Bislang liegen von der letzten Befragung des Freiwilligensurveys noch keine Daten zum Engagement von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund vor. Erfolgreiche Integration heißt Teilhabemöglichkeiten an allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft. Nur wenn detaillierte Forschungsergebnisse vorliegen kann die Politik auch zielführend Maßnahmen ergreifen, um die Teilhabechance von Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Die Bundesregierung ist an dieser Stelle im Zugzwang nachzulegen. Das Engagement einer gesellschaftlichen Gruppe von mittlerweile 15 Millionen Bürgerinnen und Bürgern links liegen zu lassen ist eine unangemessene Form des Umgangs.

Die neuen Forschungsergebnisse bestätigen unsere bisherige Engagementpolitik. Engagement braucht Orte, um sich zu entfalten, einen organisatorischen Rahmen und auch hauptamtliche Unterstützung. Und dennoch: die ersten Warnsignale müssen ernst genommen werden, wenn auch weiterhin Kontinuität und nicht Krise im bürgerschaftlichen Engagement herrschen soll. Engagementpolitik muss zukünftig auch eine Politik der Vereinbarkeit sein. Ausbildung, Berufseinstieg und das Engagement in einem Verein dürfen sich nicht ausschließen. Auch muss jungen Frauen eine biographische Brücke zurück ins Engagement angeboten werden, wenn sie sich wegen Familiengründung für einen vorläufigen Ausstieg aus einem Engagement entschieden haben.

Auch weitere Ergebnisse sprechen eine klare Sprache. Neben vermehrten Abbrüchen Jugendlicher und junger Erwachsener und der Engagementfalle Familiengründung macht der aktuelle Freiwilligensurvey auf erhebliche Nachwuchsprobleme von Vereinen bei der Freiwilligen Feuerwehr und im Sport aufmerksam. Der Ausbau von Infrastrukturen im Sinne einer Verbesserung ermöglichender Rahmenbedingungen muss daher auch in der neuen Legislaturperiode entschlossen vorangetrieben werden. An dem Ziel, für die Engagierten und solche, die sich erst noch engagieren möchten, eine fördernde Infrastruktur vor Ort aufzubauen, muss also auch in Zukunft festgehalten werden.